

doch schwerlich für das Studienzentrum Weikersheim, das keine Verkaufsschlager produziert und noch nie produziert hat. Doch auch *Sarrazin* ist bei weitem nicht so mächtig, „die politischen und geschäftlichen Interessen des Springer-Verlags und des Bertelsmann-Konzerns hinter sich [zu wissen]“ (S. 129). Immerhin ist die Studie von *Weiß* flüssig geschrieben, ganz im Gegensatz zum besprochenen Sammelband.

Die beiden Publikationen machen deutlich, wie politisch aufgeladen die Debatte um den Rechtsextremismus in Deutschland ist. So fordert die Politik immer wieder reflexhaft in der deutschen „Betroffenheitsdemokratie“ das Verbot der NPD, ohne eine langfristig angelegte Strategie zu verfolgen. Der letzte Meinungsstreit ist hier nicht ausgetragen, zumal nach den lange unerkannt gebliebenen rechtsterroristischen Vorfällen. Eine neue Debatte um Befugnisse und Grenzen der staatlichen Observation, auch um Effektivität begleitet die nächste Zukunft deutscher Politik. Wenn aber Polemik „zum roten Faden“ wird, wird die Ernsthaftigkeit und Bedeutung des Themas untergraben und eine sachliche Auseinandersetzung erschwert. Das Thema hat nicht nur in den Sozialwissenschaften und der praktischen Politik, sondern auch in der politischen und schulischen Bildung eine gewichtige Rolle zu spielen. Rechtsextremismus ist in erster Linie ein gesellschaftliches Phänomen. Wer bei dieser Vielschichtigkeit einseitig argumentiert, verwirkt diese Aufklärungsfunktion.

Florian Hartleb

Extremismus in der EU: Hilfreiches Handbuch für Erstsemester wie Experten

Jesse, Eckhard und Tom Thieme (Hrsg.): Extremismus in den EU-Staaten, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011, 505 Seiten, € 39,95.

Zu Beginn dieses Jahres haben in Ungarn Zehntausende gegen die von der Regierung unter *Viktor Orbán* beschlossenen Verfassungsänderungen demonstriert, die neben einer umfassenden Kompetenzerweiterung für den Ministerpräsidenten und einer Zensur der Presse unter anderem vorsehen, den Zusatz „Republik“ aus der offiziellen Staatsbezeichnung Ungarns zu tilgen. Dieses aktuelle Beispiel zeigt, dass demokratische Grundprinzipien in der Europäischen Union noch immer nicht als unangefochten gelten können. Es wird deutlich, wie vorschnell die berühmte These des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers *Francis Fukuyama* gewesen ist, derzufolge die liberal-demokratische Idee siegreich aus dem Wettstreit der konkurrierenden Ideologien des 20. Jahrhunderts hervorgegangen ist. Obwohl *Fukuyama* damit den euphorischen intellektuellen Zeitgeist der Epochenwende 1989/91 auf den Punkt gebracht hat, sehen sich Demokratie und Verfassungsstaat auch heute noch mit vielfältigen Herausforderungen durch extremistische Bestrebungen konfrontiert. Das gilt auch für die EU, deren jüngste Entwicklung nicht zu Unrecht als Erfolgsgeschichte gefeiert wird, da sie dem Kontinent ein zuvor nie gekanntes Maß an Sicherheit und materiellem Wohlstand bescherte. Extremistisch-antiliberale Kräfte und Strömungen haben ihren historischen Zenit allerdings noch nicht überschritten. Sie erfordern nach wie vor die begleitende wissenschaftliche Beobachtung, Kommentierung und Einordnung.

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich der vom Chemnitzer Politologen *Eckhard Jesse* und seinem Mitarbeiter *Tom Thieme* besorgte Sammelband mit extremistischen Tendenzen

in 24 Staaten der EU. Die beiden Herausgeber schließen damit eine wichtige Forschungslücke, denn vergleichende Werke zu dieser Thematik behandeln bisher entweder nur einseitig die rechtsextremistischen/rechtspopulistischen oder die postkommunistischen Phänomene. Der Band reiht sich in die Tradition der normativen Extremismustheorie ein, die ihre Wurzeln in der klassischen Totalitarismustheorie hat. Im Mittelpunkt der konzeptionellen Typologisierung steht die Intensitätsunterscheidung zwischen „hartem“ und „weichem“ Extremismus, die sich mit den Kriterien Ideologie, Strategie, Organisation und Aktionismus/Militanz schlüssig voneinander abgrenzen lassen (*Eckhard Jesse* und *Tom Thieme*, S. 15 – 20).

Ein häufiges Problem im publizistischen Genre der wissenschaftlichen Sammelwerke besteht darin, dass Beiträge oftmals nur gereiht und nicht aufeinander bezogen werden. Dieser Vorwurf lässt sich hier nicht erheben. Die Beiträge sind stringent nach einem einheitlichen Gliederungskonzept strukturiert: Einleitend ist den Länderporträts eine kurze Einführung in die historischen, verfassungsrechtlichen, wahlsystemischen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen vorangestellt, woran sich eine Analyse der Wahlergebnisse im untersuchten Zeitraum von 1990 bis 2009 anschließt. Im Anschluss daran unterscheiden die Aufsätze zwischen parteiförmigem und nichtpartei förmigem Extremismus. Die Binnenunterteilung der Kapitel orientiert sich in den meisten Fällen an der klassischen Unterscheidung zwischen Rechts- und Linksextremismus, wobei in Einzelfällen auch religiöser Fundamentalismus oder ethnischer Minderheitenextremismus wie beispielsweise der ETA-Terrorismus in Spanien als weitere extremistische Spielarten mit einbezogen werden. Vor dem Hintergrund von Größenordnungen und Intensitätsgraden nehmen die Autoren abschließend eine Bewertung des Gefahrenpotentials der extremistischen Tendenzen in ihrem Fallbeispiel vor.

Abgerundet wird der Band durch eine umfassende Synthese der beiden Herausgeber. Wenig überraschend ergibt sich mit Blick auf 24 Fallstudien ein äußerst heterogenes Gesamtbild. Mögen Ausprägung und Intensität des Extremismus von Land zu Land variieren, so sind doch für alle untersuchten Staaten extremistische Bedrohungen zu konstatieren. Vielfach sitzen extremistische Vertreter in den Parlamenten. Immerhin scheint die Einbeziehung von extremistischen Parteien in die Regierung (wie etwa in Italien, Polen, Rumänien oder in der Slowakei) zumeist mäßigend auf deren Positionen zu wirken (*Eckhard Jesse* und *Tom Thieme*, S. 480). Auch wenn der Schluss nahe liegt, dass gerade in den aus der sowjetischen Vormundschaft entlassenen Neumitgliedern der EU eine Anfälligkeit für extremistische Bestrebungen aufgrund des Transformationsprozesses und der in der Regel nicht aufgearbeiteten faschistischen Vergangenheit in der Zwischenkriegszeit bestehen müsste, so stimmt doch der Befund optimistisch, dass zumindest in den baltischen Jungstaaten Estland, Lettland und Litauen Extremisten derzeit kaum eine Chance haben (*Axel Reetz* und *Tom Thieme*, S. 112 f.; *Niels Dehmel* und *Axel Reetz*, S. 227 f.; *Michail Logvinov*, S. 244 f.).

Angesichts der fortwährenden Dynamik extremistischer Bestrebungen wäre es zu wünschen, diese mit aktualisierten Auflagen weiterhin kritisch begleitet wird. Die angespannte wirtschafts- und finanzpolitische Lage in der EU hat im Jahr 2011 zu einem Erstarren des nichtpartei förmigen Extremismus in vielen Mitgliedstaaten von Griechenland bis Großbritannien geführt, was allein schon eine Überarbeitung vieler Länderstudien rechtfertigen würde. Nicht zuletzt die eingangs genannten Ereignisse in Ungarn müssten ebenso Berücksichtigung finden. Außerdem wird der religiös motivierte Extremismus in vielen Beiträgen etwas knapp abgehandelt; auch hier besteht noch Ergänzungspotential. Dies ändert aber nichts daran, dass sich die Herausgeber äußerst verdient um die vergleichende Extremismusforschung in Europa gemacht haben. Durch die vorgegebene Systematisierung der einzelnen

Fallstudien wird der Band zu einem hilfreichen Nachschlagewerk und bietet einen guten Ausgangspunkt für die vertiefende Lektüre. Er ist in dieser Hinsicht sowohl für unerfahrene Erstsemester als auch für fortgeschrittene Experten geeignet und wird an den Universitäten sicher zur Standardlektüre in Seminaren zum Extremismus werden.

Manuel Becker

Systemopposition und die 68er: problematischer Versuch einer Einordnung

Greven, Michael Th.: Systemopposition. Kontingenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre, Verlag Barbara Budrich, Opladen / Berlin / Farmington Hills 2011, 301 Seiten, € 36,-.

Es gibt Begriffe, deren vermeintliche Selbstevidenz sich bei näherem Hinsehen als problematisch erweist. Ihre Semantik ist weitaus vertrackter als zunächst vermutet. Dazu zählt auch ein für das politische System so zentraler Terminus wie der der Opposition. Ursprünglich wohnte ihm – ähnlich wie der Unterscheidung zwischen Linker, Rechter und Mitte – eine rein topographische Bedeutung inne: Die im britischen Unterhaus vertretenen Abgeordneten, die nicht an der Regierungsmacht beteiligt waren, saßen auf der entgegengesetzten Seite des Ganges, auf der ihre Kollegen aus der Regierungspartei Platz genommen hatten. Opposition kann zweierlei bedeuten: Innerhalb eines Parlaments einer Regierung entgegenzutreten, sie zu kritisieren und zu kontrollieren oder aber außerhalb eines Parlaments dieses als Ganzes zu kritisieren und womöglich sogar aus grundsätzlichen Erwägungen heraus anzugreifen. In dem einen Fall wird die Opposition von einer oder mehreren Parteien wahrgenommen, in dem anderen von einer Bewegung, zu der neben Individuen und Kleingruppen auch Organisationen und Aktionsbündnisse gehören können. Im letzteren Fall spricht man von einer außerparlamentarischen Opposition. Dieser eher deskriptiven Bezeichnung wird zuweilen dem Begriff der System- oder der Fundamentalopposition der Vorzug gegeben.

Die Unterscheidung zwischen zwei verschiedenen Oppositionsbegriffen ist nicht unumstritten. Es gibt immer noch Politikwissenschaftler, die es nicht für sinnvoll halten, von einer außerparlamentarischen Opposition zu sprechen. Für sie sind Regierung und Opposition Ausdruck zweier Kräfte, die sich gegenseitig bedingen und insofern strukturell aufeinander bezogen sind. Der Oppositionsbegriff ist danach dem parlamentarischen System immanent und kann deshalb nur innerhalb seines Rahmens sinnvoll verwendet werden. Es gibt andere Politikwissenschaftler, vermutlich die Mehrheit des Fachs, die dem entschieden widersprechen. Für sie ist der Terminus kein dem Parlamentarismus immanenter, der nur in der Form von Parteien Gestalt annehmen kann, sondern einer, der auch außerhalb dieser Herrschaftsform Verwendung findet. Er bezeichnet dann eine politische Kraft, die ein Parlament in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung oder aber darüber hinaus grundsätzlich in Frage stellt.

Der Autor des vorliegenden Buches, der viele Jahre an der Universität Hamburg lehrende und 2012 überraschend verstorbene *Michael Th. Greven*, gehört zu der zweiten Gruppe. Er hat den Terminus Systemopposition als Schlüsselbegriff gewählt, um damit ein Phänomen